

**Satzung der
„Vereinigung Liberaler Ärzte (VLÄ)“**

Abschnitt 1: Grundlagen

§ 1 Name, Mitglieder, Sitz des Vereins und Eintragung in das Vereinsregister

- (1) Der Verein heißt „Vereinigung Liberaler Ärzte (VLÄ)“; er trägt den Zusatz „e.V.“.
- (2) Mitglieder des Vereins können natürliche oder juristische Personen werden.
- (3) Sitz des Vereins ist München.
- (4) Der Verein soll in das Vereinsregister des Amtsgerichtes München eingetragen werden.

§ 2 Zweck und Aufgaben

- (1) Zweck des Vereins ist die Förderung eines humanen, unbürokratischen, transparenten und leistungsfähigen Gesundheitssystems, das den gesellschaftlichen Herausforderungen der Zukunft gerecht wird, und gleichzeitig die Selbstbestimmung und Eigenverantwortung des Einzelnen stärkt. Gegenüber Gesellschaft und Politik tritt der Verein für die Interessen ideeller und wirtschaftlicher Natur ein, die aus der beruflichen Tätigkeit von Ärztinnen und Ärzten in selbständiger oder unselbständiger Stellung erwachsen und von allgemeinem Belang für die Gesellschaft sind. Der Verein fördert den Gedankenaustausch zwischen Bürgerinnen und Bürgern, die an Problemen und Fragen des Gesundheitssystems interessiert sind. Er verbreitet Fachwissen zu Fragen des Gesundheitswesens und zur Gesundheitspolitik. Ziele der Vereins sind die Schaffung eines neuen, zukunftsfähigen Gesundheitssystems auf der Grundlage der freien Selbstbestimmung des Patienten mit freier Arztwahl als unveräußerlichem Natur- und Grundrecht und der Erhalt des Arztberufes als freier Beruf.
- (2) Der Verein versteht sich als Berufsverband von Mitgliedern, die im Gesundheitswesen beruflich tätig sind. Der Satzungszweck wird insbesondere durch Veranstaltung von Vorträgen und Tagungen über Fragen des Gesundheitssystems, der Gesetzgebung und der medizinischen Ausbildung sowie durch die Durchführung von Seminaren und anderen Fördermaßnahmen für Studenten erfüllt.

- (3) Der Verein betätigt sich nicht auf dem Gebiet der medizinischen Versorgung oder Behandlung.
- (4) Der Verein ist selbstlos tätig, er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (5) Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus den Mitteln des Vereins. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Abschnitt 2: Mitgliedschaft

§ 3 Erwerb der Mitgliedschaft

- (1) Mitglied des Vereins kann jeder werden, der ein besonderes Interesse an gesundheitspolitischen Themen aus seinem Beruf oder seinem Privatleben geltend machen kann. Die Mitgliedschaft benötigt eine Befürwortung des Vorstandes.
- (2) Andere natürliche oder juristische Personen können aufgenommen werden, wenn dies die Zwecke des Vereins fördert und dies vom Vorstand befürwortet wird.
- (3) Insbesondere soll die Bildung regionaler Vereinigungen liberaler Ärzte gefördert werden, damit solche regionalen Vereinigungen gemäß Abs. 2 als juristische Personen aufgenommen werden können. Als weitere aufzunehmende juristische Personen kommen Zusammenschlüsse von liberalen Studenten oder Zusammenschlüsse auf beruflicher Basis - z.B. Zahnärzte, Hautärzte, Augenärzte pp. - in Betracht.
- (4) Die Aufnahme wird schriftlich bei dem Vorstand beantragt. Dem Antrag nach Abs. 1 soll von dem geschäftsführenden Vorstand stattgegeben werden, wenn der Antragsteller die Bedingungen des Abs. 1 erfüllt, zwei Mitglieder der Vereinigung Liberaler Ärzte den Antrag unterstützen und nicht besondere Umstände die Beschlussfassung des Gesamt-Vorstandes nahe legen. Im Übrigen entscheidet der Vorstand nach Ermessen.
- (5) Der Verein kann durch Beschluss der Mitgliederversammlung eine Ehrenmitgliedschaft auf Lebenszeit verleihen.

§ 4 Beendigung der Mitgliedschaft

- (1) Die Mitgliedschaft endet durch Tod, Austritt, Ausschluss oder Streichung von der Mitgliederliste.
- (2) Der Austritt erfolgt durch schriftliche Mitteilung an den Vorstand.
- (3) Auf Antrag des Vorstandes kann ein Mitglied ausgeschlossen werden, wenn es
 - a. gegen die Zwecke des Vereins handelt,
 - b. einer Organisation angehört, die gegen die Zwecke des Vereins handelt oder
 - c. nicht mehr die Voraussetzungen des § 3 Abs. 1 erfüllt.
- (4) Ein Mitglied kann auf Beschluss des Vorstandes von der Mitgliederliste gestrichen werden, wenn es trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung mit der Leistung satzungsmäßiger Verpflichtungen im Rückstand ist. Die Streichung darf erst beschlossen werden, wenn nach Zugang der zweiten Mahnung zwei Monate verstrichen sind und in dieser Mahnung die Streichung angedroht ist. Der Beschluss des Vorstandes ist dem Mitglied mitzuteilen.
- (5) Über den Antrag nach Abs. 3 entscheidet die Mitgliederversammlung in geheimer Abstimmung.

Abschnitt 3: Organe

§ 5 Organe

Organe des Vereins sind die Mitgliederversammlung und der Vorstand.

§ 6 Aufgaben der Mitgliederversammlung

- (1) Die Mitgliederversammlung ist das oberste Organ des Vereins.
- (2) Die Mitgliederversammlung hat insbesondere folgende Aufgaben:
 - a. Behandlung von Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung,
 - b. Satzungsänderungen,
 - c. Beschlussfassung in den weiteren in der Satzung aufgeführten Angelegenheiten,
 - d. Wahl des Vorstandes und der Rechnungsprüfer,
 - e. Festsetzung der Beiträge,

- f. Entgegennahme des Tätigkeitsberichtes des Vorstandes; der Rechnungslegung und des Berichtes der Rechnungsprüfer,
- g. Entlastung des Vorstandes und des Schatzmeisters.

§ 7 Zusammensetzung der Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung besteht aus den Mitgliedern des Vereins

§ 8 Zusammentreten der Mitgliederversammlung

- (1) Die Mitgliederversammlung tritt jeweils nach Ablauf von zwei Geschäftsjahren zusammen. Sie soll mit einer Arbeitssitzung des Vereins verbunden werden.
- (2) Eine Mitgliederversammlung ist auch einzuberufen, wenn
 - a. das Interesse des Vereins es erfordert oder
 - b. 1/10 der Vereinsmitglieder oder
 - c. 1/3 Mitglieder des Vorstandes dies unter Angabe von Gründen verlangen.

§ 9 Einberufung der Mitgliederversammlung

- (1) Die Mitgliederversammlung wird vom Vorsitzenden oder von den stellvertretenden Vorsitzenden des Vereins mit Bekanntgabe der Tagesordnung spätestens zwei Wochen vor dem Tag der Versammlung einberufen. Die Frist beginnt mit dem Werktag, der dem Tag der Versendung folgt. Das Einberufungsschreiben gilt als zugegangen, wenn die Absendung glaubhaft dargetan ist und es an die letzte dem Verein bekannte Anschrift des Mitglieds gerichtet ist.
- (2) Jedes Mitglied kann vor Eintritt in die Tagesordnung deren Ergänzung unter Angabe des Zweckes und der Gründe beantragen. Die Tagesordnung ist zu ergänzen, wenn 1/3 der in der Versammlung anwesenden und stimmberechtigten Mitglieder oder der gesamte Vorstand dem zustimmen.

§ 10 Ablauf der Mitgliederversammlung

- (1) Der Vorsitzende, der stellvertretende Vorsitzende oder ein anderes Mitglied des Vorstandes leitet die Mitgliederversammlung. Falls diese verhindert sind, bestimmt die

Mitgliederversammlung einen Versammlungsleiter. Bei Wahlen kann die Leitung einem Wahlausschuss übertragen werden.

- (2) Die Mitgliederversammlung ist unabhängig von der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig, sofern ordnungsgemäß eingeladen wurde. Bei Satzungsänderungen und Auflösung des Vereins müssen 1/10 der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sein.
- (3) Das Verfahren bei Abstimmungen regelt der Versammlungsleiter; widersprechen 1/3 der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder, so fasst die Mitgliederversammlung hierüber Beschluss.
- (4) Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der Stimmen gefasst. Soweit die Satzung nichts anderes bestimmt; Stimmenthaltungen bleiben bei der Berechnung der Mehrheit außer Betracht.
- (5) Auf Verlangen eines anwesenden stimmberechtigten Mitglieds ist geheim abzustimmen.
- (6) In der Mitgliederversammlung wird ein Protokoll geführt, das die Beschlüsse sowie weitere bedeutsame Erläuterungen enthält. Das Protokoll wird von dem jeweiligen Versammlungsleiter unterzeichnet.

§ 11 Zusammensetzung des Vorstandes und des geschäftsführenden Vorstandes

- (1) Der Vorstand besteht aus dem geschäftsführenden Vorstand sowie mindestens zwei Beisitzern. Dem geschäftsführendem Vorstand gehören an: der Vorsitzende, zwei stellvertretende Vorsitzende und der Schatzmeister.
- (2) Die Mitglieder des Vorstandes werden von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von zwei Jahren gewählt. Sie bleiben bis zur Neuwahl im Amt.
- (3) Fällt ein Vorstandsmitglied weg, so kann ein Ersatzmitglied für den Rest der Wahlperiode gewählt werden.

§ 12 Aufgaben des Vorstandes und des geschäftsführenden Vorstandes

- (1) Der Vorstand legt die Grundsätze der zur Erreichung der Vereinszwecke erforderlichen Maßnahmen fest, soweit die Mitgliederversammlung nichts anderes bestimmt und beschließt außerdem in den in der Satzung aufgeführten Angelegenheiten.
- (2) Der geschäftsführende Vorstand führt die Geschäfte des Vereins, soweit nicht andere Organe des Vereins zuständig sind und vollzieht die Beschlüsse der Mitgliederversammlung.

- (3) Der Vorstand kann einem Mitglied des Vereins die Zuständigkeit für ein bestimmtes Sachgebiet übertragen. Will der Vorstand Beschlüsse fassen, die dieses Sachgebiet betreffen, so muss er diesem beauftragten Mitglied vor der Beschlussfassung Gelegenheit zur Äußerung geben.
- (4) Im Übrigen regelt der Vorstand seinen Geschäftsgang selbst, insbesondere die Vertretung verhinderter Vorstandsmitglieder.

§ 13 Beschlussfassung des Vorstandes

- (1) Der Vorstand und der geschäftsführende Vorstand fassen ihre Beschlüsse in Sitzungen, im Umlaufverfahren oder fernmündlich.
- (2) Die Beschlussfähigkeit in Sitzungen setzt voraus, dass alle Vorstandsmitglieder mindestens eine Woche zuvor unter Angabe der Tagesordnung eingeladen worden sind. Darüber hinaus ist erforderlich, dass bei Sitzungen des Vorstands mindestens zwei Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands anwesend sind.
- (3) Außerhalb von Sitzungen können Beschlüsse nur gefasst werden, wenn wegen einer besonderen Eilbedürftigkeit oder einer untergeordneten Bedeutung der Angelegenheit die Durchführung einer Sitzung nicht möglich oder angezeigt ist und mehr als die Hälfte der Mitglieder des Vorstandsgremiums dem Beschluss zustimmen. Der Beschluss ist schriftlich niederzulegen und sämtlichen Vorstandsmitgliedern zuzuleiten.

§ 14 Vertretungsberechtigung

Vertretungsberechtigter Vorstand des Vereins nach § 26 BGB sind die vier Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes. Je zwei Vorstandsmitglieder vertreten den Verein nach außen.

§ 15 Abwahl von Vorstandsmitgliedern

- (1) Vorstandsmitglieder können von der Mitgliederversammlung mit 2/3 Mehrheit durch konstruktives Misstrauensvotum abgewählt werden, wenn mindestens 1/5 der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt sind.
- (2) Bei Beschlussunfähigkeit der Mitgliederversammlung kann unter Wahrung der Einberufungsfrist eine zweite Mitgliederversammlung einberufen werden, die in jedem Falle beschlussfähig ist.

Abschnitt 4: Die Finanzen des Vereins

§ 16 Wirtschaftsführung

- (1) Die Wirtschaftsführung des Vereins obliegt dem Schatzmeister.
- (2) Sie wird von zwei Rechnungsprüfern überwacht, die nach Ablauf eines Geschäftsjahres einen Prüfungsbericht über die Wirtschaftsführung des Vereins anfertigen, der dem Vorstand vorzulegen ist.
- (3) Der Schatzmeister erstattet jeder ordentlichen Mitgliederversammlung, insbesondere am Ende der Amtszeit des Schatzmeisters einen Bericht über die Wirtschaftsführung des Vereins. Gleichzeitig sind die Prüfungsberichte der Rechnungsprüfer zu behandeln. Auf dieser Grundlage beschließt die Mitgliederversammlung über die Entlastung des Vorstandes und des Schatzmeisters.
- (4) Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 17 Mitgliedsbeiträge

- (1) Die Mitgliederversammlung beschließt auf Vorschlag des Vorstandes über die regelmäßig zu erhebenden Beiträge der Mitglieder.
- (2) Kommt ein Mitglied mit der Zahlung von Beiträgen über ein halbes Jahr in Verzug, so ruht sein Stimmrecht bei Wahlen und Abstimmungen in der Mitgliederversammlung.
- (3) Der Vorstand kann in besonderen Fällen Beiträge ganz oder teilweise erlassen oder stunden.

Abschnitt 5: Schlussbestimmungen

§ 18 Änderungen der Satzung

- (1) Eine Satzungsänderung kann von der Mitgliederversammlung mit einer Mehrheit von 2/3 der stimmberechtigten anwesenden Mitglieder beschlossen werden.
- (2) Anträge auf Änderung der Satzung müssen der Einladung zur Mitgliederversammlung im Wortlaut beigefügt sein
- (3) Eine Änderung des Vereinszwecks ist nur durch einstimmigen Beschluss der Mitgliederversammlung möglich. Die Änderung ist dem Finanzamt mitzuteilen.

§ 19 Geltung anderer Rechtssätze

Soweit in dieser Satzung nichts anderes bestimmt ist, gelten die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) über den rechtsfähigen Verein.

§ 20 Unwirksamkeit einzelner Bestimmungen

Die Unwirksamkeit einzelner Bestimmungen dieser Satzung berührt nicht deren Geltung im Übrigen.

§ 21 Auflösung des Vereins

- (1) Die Auflösung des Vereins kann in einer Mitgliederversammlung nur mit einer Mehrheit von $\frac{3}{4}$ der stimmberechtigten anwesenden Mitglieder beschlossen werden.
- (2) Falls eine Mitgliederversammlung nichts anderes bestimmt, sind der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende Liquidatoren.
- (3) Bei Auflösung des Vereins oder Wegfall der steuerbegünstigten Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an die Thomas-Dehler-Stiftung, die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat.

Augsburg, 08.07.2009